

Liebe MitstreiterInnen und Mitstreiter!

Ich möchte heute etwas zum Thema Privatisierung sagen. Es wird Euch nicht überraschen, wenn ich das Ergebnis meiner Überlegungen vorwegnehme: Ich bin der Meinung, dass es in Oldenburg auf keinen Fall zu irgend einer Privatisierung kommen darf! Das muss eine der Grundforderungen der Linken sein.

Ich beziehe mich jetzt in meinen Ausführungen auf ein Papier, das von Attac Oldenburg entwickelt wurde, an dem auch Harald Büsing maßgeblich beteiligt war und auf die Kommunalpolitischen Leitlinien, die von der Linkspartei auf ihrem jüngsten Parteitag verabschiedet wurden

Das Thema Privatisierung ist eine der Kernpunkte linker Politik. Die Linke macht ihre Politik immer an zwei Fragen fest: an der Verteilungs- und an der Eigentumsfrage. Aber was bei vielen, die hier sitzen, möglicherweise Grundkonsens ist, nämlich skeptisch gegenüber Privatisierungen zu sein, ist in der Gesellschaft alles andere als Konsens. Im Gegenteil: Privatisierung wird immer noch als **die** Lösung von wirtschaftlichen oder gar sozialen Problemen gesehen, oder zumindestens als notwendig und unumgänglich.

Als Argument für die Notwendigkeit von Privatisierungen wird immer die Verschuldung öffentlicher Haushalte genannt, die längst auch die Kommunen erreicht hat. Das gilt auch für Oldenburg. Wenn wir dies oder das verkaufen, heißt es dann, können wir mehr Politik, z.B. auch sozialere Politik machen. Wenn wir z.B. diese Wohnungsbaugesellschaft verkaufen oder unsere Anteile daran, können wir von den Einnahmen z.B. ein Sozialticket für ALG-II-Anhänger finanzieren.

Das Argument, auf diese Weise gegen die Verschuldung ankämpfen zu müssen, wird – ich will jetzt nicht ganz platte neoliberale Argumente nennen, sondern etwas ernsthaftere - wird oft damit begründet, dass öffentliche Verschuldung immer notwendigerweise mit privatem Reichtum verbunden ist, denn schließlich stehen Schulden auf der einen Seite mit Vermögen auf der anderen Seite in direkter Verbindung. Schulden sind daher eine Umverteilung von Steuereinnahmen (die von der Mehrheit der Bevölkerung aufgebracht werden) zugunsten der vermögenden Bevölkerungsschichten. Insofern ist Verschuldung in der Tat nicht völlig problemlos.

Ein weiteres Argument, was immer für Privatisierungen angeführt wird, lautet:

Wirtschaftssektoren in öffentlichen Händen bringen angeblich prinzipiell schlechtere Ergebnisse als privatwirtschaftlich gesteuerte. Das wird dann ja auch immer schön untermauert mit Berichten über zu viel Bürokratie in der Verwaltung usw. Durch Privatisierungen könne man, so wird dann gesagt, die Qualität verbessern und die Kosten senken.

Zunächst zu dem Verschuldungsargument: Natürlich wäre es schöner, keine Schulden zu haben. Darüber jetzt zu diskutieren, würde jetzt vom Thema wegführen, nur ein Satz: Abgesehen davon, dass man ja nicht nur die Schulden, sondern auch die Forderungen an die nächste Generation weitervererbt: Schulden an die kommende Generation weiterzugeben, ist natürlich dann gerechtfertigt, wenn man den kommenden Generationen auch eine gute Infrastruktur hinterlässt. Und dazu gehören auch öffentliche Unternehmen gerade im kommunalen Bereich.

Privatisierungen sind eine viel folgenreichere Umverteilung von unten nach oben, denn öffentliches Eigentum dient in der Regel der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse ( das gilt für Energie, Verkehr, Kommunikation, Wasser, Bildung usw.) Deshalb ist auch das Vorhandensein von öffentlichem Eigentum eine Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Zu dem Qualitätsargument. Die Privatisierung z.B. von Wasser, Abwasser etc. in verschiedenen Ländern hat klar bewiesen, dass die Qualität nicht besser, sondern schlechter wurde. Ein Beispiel, das sich jetzt aber nicht auf die kommunale Ebene bezieht, ist die privatisierte Bahn in Großbritannien. Auch viele der Privatisierungen im Gesundheitssektor in Deutschland erfüllten die damit verbundenen Versprechungen nicht. Als jüngstes Beispiel erweist sich die Privatisierung der Krankenhäuser in Hamburg: Das ganze ist ein finanzielles Desaster für die öffentlichen Kassen; die versprochenen Qualitätsverbesserungen sind umstritten, die Arbeitsbedingungen haben sich massiv verschlechtert.

Auch in kommunalen Sektoren wird Privatisierung zum Prinzip. Alle Lebensbereiche sollen privaten Eigentumsrechten unterworfen werden. Wichtig ist gerade auf kommunaler Ebene: Wenn man unter Privatisierung *nur* den Verkauf öffentlichen Eigentums versteht, ist dies verkürzt, und man übersieht eine Menge, zum Beispiel das, was man Public-Private-Partnership (PPP) nennt, also die Zusammenarbeit der Kommune mit privaten Unternehmen. Auch in dieser ‚Zusammenarbeit‘ wird gesellschaftliche Verantwortung an private Unternehmen abgegeben. Man muss ganz klar sagen: Mit PPP-Projekten wird häufig die endgültige Privatisierung der Aufgabenfelder eingeleitet bzw. vorbereitet. Deshalb sind PPP-Projekte sehr kritisch zu sehen und nur dann akzeptabel, wenn der Einfluss der Kommune gesichert ist.

Die Folge von Privatisierungen ist die also die langfristige *Einschränkung* der Qualität und auch des Nutzungsumfangs öffentlicher Dienstleistungen.

Eine weitere Folge dieses Privatisierungsdogmas ist die Einschränkung der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit demokratisch gewählter Institutionen. In den privatisierten Sektoren gelten nämlich natürlich primär die Grundsätze der Kapitalverwertung und des Wettbewerbs. Das öffentliche Versorgungs- oder Sicherheitsinteresse tritt dagegen in den Hintergrund. Kontrollmöglichkeiten in privatisierten Sektoren durch demokratische Organisationen sind stark eingeschränkt. Insofern folgt aus der Privatisierungsstrategie auch eine Aushöhlung von Demokratie.

Und wenn es um das Argument geht, privatwirtschaftliche Unternehmen würden generell besser und effizienter arbeiten: Das stimmt natürlich generell so nicht. Man denke an viele Skandale gerade in privaten Unternehmen. Außerdem blendet man bei so einer Argumentation die völlig einseitige Ausrichtung durch die Dominanz der Orientierung auf den ‚shareholder value‘ aus. Auch das häufige deutliche Versagen von Unternehmensleitungen in Markteinschätzungen, Technikbewertungen usw. wird ausgeblendet, wenn man so argumentiert.

Die Privatisierungsbefürworter beantworten auch nie die Frage: Was passiert, wenn private Anbieter plötzlich ihr Interesse verlieren und Kapital abziehen bei einer notwendigen Dienstleistung? Dieses Risiko der Privatisierung bleibt bei der Begründung völlig ausgeblendet.

Ich möchte das ganze gerne noch einmal praktisch untermauern. Ich selbst arbeite im LKH Wehen – das soll ja bekanntlich auch privatisiert werden, darauf will ich jetzt aber erst einmal nicht eingehen, weil das schon einige Male Thema war. Ich möchte jetzt auf etwas anderes hinaus: Wir stehen im LKH als Sozialdienst oft vor der Situation, dass wir Patienten dabei unterstützen, eine neue Wohnung zu suchen, was ja nicht leicht ist. Und heute ist es so, dass es – bei allen Problemen, die es da gibt – bei der GSG zumindestens einen Ansprechpartner gibt, speziell für psychisch Kranke, die eine Wohnung suchen. Inwieweit dieser Mensch auch die notwendigen menschlichen Qualitäten hat, will ich hier nicht erörtern; es geht mir um den Grundsatz. Und so haben wir eine Chance, für unsere Patienten etwas zu erreichen, was ein rein privates Unternehmen sicher nicht machen würde.

Um es noch mal kurz zusammenzufassen: Die Kernbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen öffentlich bereit gestellt werden, weil bestimmte gesellschaftliche Interessen Vorrang haben und nur so garantiert werden können. Dazu gehört die materielle Gewährleis-

tung der Grundrechte, der allgemeinen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Grundrechte, die Verhinderung sozialer Ausgrenzung, der Schutz der Umwelt, die Gleichheit der Lebensbedingungen, die Gewährleistung des territorialen Zusammenhaltens. In diesem Bereichen kann sich die Gesellschaft ein Marktversagen nicht leisten.

.Die Privatisierung ist „ein Zurückdrängen der Demokratie. Sie ist aber auch eine Enteignung des einzelnen und des ganzen Volkes.“ Deshalb sind weitere Privatisierungen abzulehnen und man sollte sogar überlegen, ob und wie bisherige Privatisierung wieder revidiert werden können.

Eine Idee ist daher, dass öffentliche Institutionen Bereiche vollständiger öffentlicher Souveränität definieren. In diesen Bereichen dürfen Dienstleistungen nicht mehr durch Marktöffnung dem privaten Zugriff ausgeliefert werden, sondern ausschließlich durch öffentliche Versorgung sichergestellt werden. Damit ist sicherzustellen, dass diese Güter und Dienstleistungen allen Mitgliedern der Gesellschaft zugänglich sind und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen.

Auf jeden Fall von Privatisierungen auszunehmen sind soziale Dienstleistungen, Gesundheitseinrichtungen, lebenswichtige Infrastrukturbereiche wie Verkehr, Energie, Wasser und Abwasser sowie die Sparkassen, die ein wichtiges Fundament für regionales Wirtschaften sein können. Beim Wohnungsmarkt muss die Kommune durch öffentliches Eigentum in der Lage sein, die Mietentwicklung in sozialer Hinsicht zu beeinflussen.

.

Gleichzeitig muss man Strategien entwickeln, die die Frage beantworten: Wie können wird die Qualität öffentlicher Dienstleistungen verbessern und deren Preisgestaltung transparent werden lassen.

In Oldenburg besteht die andauernde, wenn auch zur Zeit nicht akute Gefahr, dass die GSG privatisiert wird. Die GSG ist jetzt eine GmbH. Die Stadt Oldenburg besitzt 34,5% der Anteile, der Landkreis 9,36%, den Rest teilen sich LZO, Bremern Landesbank und Deutsche Rentenversicherung. Bei der GSG könne vieles sehr viel besser laufen. Aber dadurch, dass es die öffentlichen Anteile der Stadt gibt, gibt es immer noch gewisse Möglichkeiten, einzuwirken und zu verhindern, dass ausschließlich Profitinteressen im Vordergrund stehen. Was wir aber auch fordern müssen: Die Stadt muss ihre Anteile auch nutzen, um Einfluss auszuüben. Nur Anteile zu besitzen, dann aber alles abzunicken, nützt natürlich nichts.

Das gleich gilt natürlich auch für die Anteile vieler Städte und Landkreise an der EWE. Es ist gut, dass es diese Anteile gibt. Aber wenn natürlich die kommunalen Vertreter in den Aufsichtsräten alles abnicken, z.B. die Gaspreiserhöhungen, nützt das nichts.

Ähnliches gilt für die VWG, wo Oldenburg 74% besitzt. Aber da steht wohl in den nächsten Jahren keine Privatisierung an.

Eine weitere Gefahr sind Privatisierungen im Kulturbereich. Auch die Kultur ist ein öffentliches Gut, das nur durch öffentliche Unterstützung garantiert werden kann.

Es gibt Alternativen zu Privatisierungen. Neben bekannten Alternativen wie Genossenschaften, GGmbHs, AöR (Anstalt öffentlichen Rechts), Stiftungen ist das sogenannte Bürgereigentum eine Alternative, wenn sich zum Beispiel Bürger entschieden haben, über spezielle Beiträge eine zusätzliche Kita zu finanzieren. Diese Kita gehört dann den Eltern, deren Kinder sie besuchen. Das wäre ja auch wieder ein Beitrag für mehr Demokratie. Diese Kita muss dann natürlich offen für alle Interessierten sein.

Gerade auf kommunaler Ebene könnte man z.B. auch durch mehr BürgerInnenbeteiligung eine Qualitätsverbesserung von Dienstleistungserbringung erreichen. Das heißt: Statt die Privatisierung als Qualitätsverbesserung zu propagieren, muss es im Sinne einer weiteren Demokratisierung der Gesellschaft um eine verbesserte Bürgerbeteiligung gehen, um die Qualität von Angeboten öffentlicher Institutionen zu verbessern.

Deshalb mein klares Plädoyer: Keine Privatisierungen öffentlicher Unternehmen in Oldenburg, kein Verkauf von städtischen Anteilen. Und der städtische Einfluss an die Unternehmen, an denen man beteiligt ist, muss besser genutzt werden.

Jonas Höpken